



Brüssel, den 17. Mai 2021
(OR. en)

8618/21

COMPET 336
IND 120
MI 330
CLIMA 100
CONSOM 116
DIGIT 57
ECOFIN 424
EDUC 158

EMPL 190
ENER 166
ENV 289
ESPACE 50
PI 35
POLMIL 66
RC 19
RECH 201

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: *Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 27. Mai 2021*

Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa – die entscheidende Bedeutung der Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen

Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum Thema „Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa – die entscheidende Bedeutung der Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen“ im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 27. Mai 2021.

Rat (Wettbewerbsfähigkeit) | Binnenmarkt und Industrie**Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa – die entscheidende
Bedeutung der Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen****Diskussionspapier des Vorsitzes**

Vieles hat sich geändert, seit die Kommission im März 2020 das Pakets zur Industriepolitik angenommen hat. Die COVID-19-Pandemie hat die europäische Wirtschaft hart getroffen, wobei die verschiedenen Sektoren und industriellen Ökosysteme mit unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Auswirkungen konfrontiert sind.

Mit der aktualisierten Industriestrategie, die die Kommission am 5. Mai vorgelegt hat, werden die im März 2020 festgelegten Prioritäten bekräftigt, insbesondere der grüne und der digitale Wandel. Gleichzeitig enthält sie eine Bewertung, mit der Lehren aus der pandemiebedingten Krise gezogen werden sollen, um die Erholung anzukurbeln, die offene strategische Autonomie der EU zu stärken (die auf der informellen Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) im März dieses Jahres ausführlich erörtert wurde) und den grünen und den digitalen Wandel zu beschleunigen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom Oktober 2020 fordert, dass i) ein Strategiebericht über den Binnenmarkt vorgelegt wird, einschließlich über den Sachstand des Aktionsplans zur Durchsetzung des Binnenmarkts; ii) die Robustheit der bestehenden Verfahren und die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts bewertet wird und iii) strategische Abhängigkeiten ermittelt werden, insbesondere in den empfindlichsten industriellen Ökosystemen wie dem Gesundheitswesen, und Maßnahmen zur Verringerung dieser Abhängigkeiten vorgeschlagen werden.

Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts

Im ersten Jährlichen Binnenmarktbericht werden unter anderem die Auswirkungen der Krise auf den Binnenmarkt und auf europäische Unternehmen – einschließlich auf industrielle Ökosysteme und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – untersucht. Ferner werden die Fortschritte bei der Beseitigung der wichtigsten Hindernisse für den Binnenmarkt bewertet.

Als Ergebnis der Analysen und der gewonnenen Erkenntnisse bestätigt die Kommission, dass sie weiterhin Wege zur Stärkung der Resilienz des Binnenmarkts suchen wird. Dazu gehört auch das Notfallinstrument für den Binnenmarkt, das auf eine strukturelle Lösung zur Gewährleistung der Verfügbarkeit und des freien Verkehrs von Personen, Waren und Dienstleistungen im Kontext möglicher künftiger Krisen abzielt.

Im Dokument wird auch die wichtige Rolle der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften hervorgehoben, die im Rahmen der Industriestrategie im März 2020 als hochrangiges Forum eingerichtet wurde, in dem die Kommission und die Mitgliedstaaten gemeinsam Lösungen für die Beseitigung von Binnenmarkthindernissen suchen.

Es werden weitere Anstrengungen unternommen, um die im Bericht über Binnenmarkthindernisse aus dem Jahr 2020 festgestellten Beschränkungen und Hindernisse zu beseitigen. Insbesondere wird die Kommission die Möglichkeiten prüfen, im Bereich der Unternehmensdienstleistungen Normen festzulegen und die praktische Durchsetzung der Entsendung von Arbeitnehmern zu verbessern. Dabei wird der Schwerpunkt auch auf dem Zusammenspiel von Waren und Dienstleistungen über alle Ökosysteme hinweg sowie auf der Rolle einer wirksamen Marktüberwachung durch nationale Behörden in Bezug auf nicht konforme Produkte liegen.

Spezifische Initiativen zur Bekämpfung von Zahlungsverzug wie die künftige EU-Beobachtungsstelle für Zahlungsverzug, die Mobilisierung von Investitionen in KMU im Rahmen des Finanzierungsfensters „KMU“ von InvestEU und ein neuer öffentlich-privater Fonds für den Börsengang zur Unterstützung von KMU und Midcap-Unternehmen, der einen besseren Zugang zu Eigenkapitalfinanzierung sicherstellen soll, werden ebenfalls zur Verbesserung der Solvenz von KMU beitragen. Diese Maßnahmen werden die Erholung des Binnenmarkts fördern und die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der EU-Industrie stärken.

Umgang mit den strategischen Abhängigkeiten der EU

In der Industriestrategie vom März 2020 wurde hervorgehoben, wie wichtig es ist, die offene strategische Autonomie der EU zu stärken und die Abhängigkeit von Drittländern für bestimmte Produkte, Infrastrukturen und Technologien von strategischer Wichtigkeit zu verringern. Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass es wichtig ist, besser vorhersagen zu können, wo derzeitige und künftige strategische Abhängigkeiten bestehen.

In der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über strategische Abhängigkeiten, die gemeinsam mit der aktualisierten Industriestrategie veröffentlicht wurde, hat die Kommission auf der Grundlage von Handelsdaten eine Analyse durchgeführt, die erste Einblicke liefert. Von den 5 200 in die EU eingeführten Produkten werden in der Analyse 137 Produkte (mit einem Anteil von 6 % am Gesamtwert der in die EU importierten Waren) in empfindlichen industriellen Ökosystemen ermittelt, von denen die EU in hohem Maße abhängig ist. Etwa die Hälfte dieser Einfuhren stammen aus China. Diese Produkte betreffen vor allem energieintensive Industrien (z. B. Rohstoffe) und Gesundheitsökosysteme (z. B. pharmazeutische Wirkstoffe) sowie andere Produkte, die für die Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels von Bedeutung sind.

Von diesen wird bei 34 Produkten die Anfälligkeit als höher eingestuft, da diese Produkte möglicherweise nur ein geringes Potenzial für eine weitere Diversifizierung und Substitution durch EU-Produkte aufweisen. Die vorliegende Analyse umfasst sechs eingehende Überprüfungen der Bereiche Rohstoffe, Batterien, pharmazeutische Wirkstoffe, Wasserstoff, Halbleiter sowie Cloud- und Spitzentechnologien. In der Analyse werden auch die Herausforderungen und Abhängigkeiten im Bereich fortgeschrittener Technologien aufgezeigt.

Im Hinblick auf das weitere Vorgehen wird in der aktualisierten Industriestrategie die Absicht der Kommission bekräftigt, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Industrie fortzusetzen, einschließlich durch das Industrieforum, um ihre Analyse zu vertiefen und die ermittelten strategischen Abhängigkeiten anzugehen. Wie in ihrer Überprüfung der Handelspolitik dargelegt, wird die Arbeit zur Diversifizierung internationaler Lieferketten und der Pflege internationaler Partnerschaften mit gleich gesinnten Partnern fortgeführt.

Darüber hinaus wird in der aktualisierten Industriestrategie die Unterstützung der Kommission von Industrieallianzen in strategischen Bereichen bekräftigt, wenn solche Allianzen als das beste Instrument ermittelt wurden, um Aktivitäten zu beschleunigen, die ansonsten nicht angestoßen würden. Insbesondere hat die Kommission angekündigt, dass sie den Start von zwei Allianzen, der Allianz für Prozessoren und Halbleitertechnologien und die Allianz für Industriedaten, Spitzen- und Cloudtechnologien, vorbereitet. Sie erwägt auch die Bildung von Allianzen für Trägerraketen und für emissionsfreie Luftfahrt, und zwar in vollständiger Komplementarität mit der Allianz für erneuerbare und CO₂-arme Kraftstoffe, die derzeit in Betracht gezogen wird.

Gemäß der aktualisierten Industriestrategie wird die Kommission auch eine Strategie für Normung im Sinne einer entschlosseneren Haltung in Bezug auf europäische und internationale Normensetzung im Einklang mit den europäischen strategischen Interessen und Werten vorlegen. Wenngleich die Normung technischer Natur ist, handelt es sich doch um eine äußerst strategische Tätigkeit. Normen gewährleisten die Interoperabilität zwischen verschiedenen Geräten und Diensten, verringern die Anpassungskosten, beseitigen Handelshemmnisse, fördern den Marktzugang für Unternehmen und erleichtern die Einführung neuer Technologien und Produkte. Darüber hinaus können Normen eine Schlüsselrolle bei der Förderung der EU-Wettbewerbsfähigkeit und der Führungsrolle der EU im Technologiebereich spielen, insbesondere in neuen Bereichen, in denen die EU – sei es alleine oder in Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Partnern – in der Lage ist, das internationale System zu beeinflussen.

Die angekündigten Leitlinien für die strategische öffentliche Auftragsvergabe können weiter zur Diversifizierung der Lieferantenbasis und zur Stärkung der EU-Wertschöpfungsketten in einem globalen Kontext beitragen.

In Verbindung mit der aktualisierten Industriestrategie hat die Kommission ferner ein Rechtsinstrument vorgeschlagen, mit dem gegen die potenziell wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen drittstaatlicher Subventionen im Binnenmarkt vorgegangen werden soll. Dieses Instrument kann ein Schlüsselement sein, indem damit die externe Dimension gleicher Wettbewerbsbedingungen behandelt wird und dadurch ein Beitrag zur Förderung eines fairen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts geleistet wird.

Schließlich müssen die in der aktualisierten Industriestrategie dargelegten Initiativen auch in den breiteren Kontext der von Drittländern erwogenen Maßnahmen gesehen werden. Beispielsweise überprüfen die USA ihre Lieferketten mit Schwerpunkt auf Batterien, Halbleitern, pharmazeutischen Wirkstoffen, seltenen Erden sowie in Bezug auf sechs Bereiche der industriellen Basis¹. Die G7 befassen sich im Rahmen eines neuen Aktionsplans für wirtschaftliche Resilienz ebenfalls mit Schwachstellen in der globalen Lieferkette.

Beschleunigung des grünen und des digitalen Wandels

Die Pandemie hat die Geschwindigkeit und das Ausmaß des grünen und des digitalen Wandels beeinträchtigt. Um das Geschäftsszenario für den Wandel und seine Vorhersehbarkeit – als Voraussetzungen für fundierte Investitionsentscheidungen – zu stärken, braucht die Industrie einen kohärenten Rechtsrahmen, Zugang zu Kapazitäten und Infrastrukturen (einschließlich digitaler Natur), Zugang zu Finanzmitteln (mit besonderem Schwerpunkt auf Eigenkapitalinstrumenten und darauf, dass das Kapitalökosystem verbessert werden muss), Zugang zu Rohstoffen und dekarbonisierter Energie und die richtigen Kompetenzen.

Vor diesem Hintergrund enthält die aktualisierte Industriestrategie eine erste Analyse der Herausforderungen, mit denen die 14 industriellen Ökosysteme konfrontiert sind, sowie der bereits eingeleiteten Initiativen zur Förderung des Wandels. Diese Analysen stellen einen wichtigen Beitrag dar, um in Partnerschaft mit der Industrie, Behörden, Sozialpartnern und anderen Interessenträgern gemeinsam sogenannte Wege für den Übergang für die industriellen Ökosysteme gemeinsam zu gestalten.

Außerdem müssen Märkte für ökologische Produkte geschaffen und vertieft und Investitionen gesteigert werden. Die Investitionen im Rahmen von NextGenerationEU, über die der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) im vergangenen Februar beraten konnte, werden Chancen bieten, um unsere Volkswirtschaften strukturell zu verändern. Mehrländerprojekte, Industrieallianzen, europäische Partnerschaften und andere Instrumente können eine wichtige Rolle dabei spielen, den grünen und den digitalen Wandel voranzutreiben.

¹ Verteidigung, Gesundheitswesen, IKT, Energie, Transportwesen, Agrar- und Lebensmittelsektor. Siehe <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2021/02/24/executive-order-on-americas-supply-chains/>.

Zugang zu kritischen Rohstoffen

In der aktualisierten Industriestrategie und der darin enthaltenen Bestandsaufnahme der strategischen Abhängigkeiten und Kapazitäten der EU wird auf die Abhängigkeit der EU von der Versorgung mit Rohstoffen aus Drittländern aufmerksam gemacht.

Der Aktionsplan der EU für kritische Rohstoffe² sieht zehn Maßnahmen zum Aufbau der Resilienz und der offenen strategischen Autonomie bei gleichzeitiger Verringerung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Ressourcennutzung vor. Das Bewusstsein der Mitgliedstaaten für ihre eigenen strategischen Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen, auch durch deren Nutzung durch nachgelagerte Industriezweige, und ihr aktives Engagement werden als entscheidend für den Erfolg des EU-Aktionsplans angesehen. Zu den Bereichen, in denen am dringendsten Maßnahmen ergriffen werden müssen, zählen seltene Erden. Diese sind von entscheidender Bedeutung für die Herstellung von Dauermagneten für eine Reihe von industriellen Ökosystemen, insbesondere die Automobilindustrie, erneuerbare Energien und die Verteidigungsindustrie.³

Die fast vollständige Abhängigkeit von einer einzigen Quelle für den Bezug und die Raffination von seltenen Erden und für das Recycling von Magneten, nämlich China, kann als strategisches Risiko angesehen werden, dem nicht nur die EU, sondern auch die USA, Japan, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien, Indien und andere schnell begegnen wollen.

Investitionen sind erforderlich, und die Europäische Rohstoffallianz hat eine Investitionspipeline vorbereitet, die dazu beitragen könnte, wichtige Rohstoffabhängigkeiten anzugehen. Damit dies gelingt, müssen die nachgelagerten Hersteller jedoch einen Markt schaffen.

² COM(2020) 474 vom 3. September 2020.

³ 95 % der Elektrofahrzeuge verwenden Dauermagneten; Windkraftanlagen enthalten durchschnittlich 600 kg Dauermagneten pro MW. In der Verteidigungsindustrie werden Dauermagneten nur in einem geringen Umfang verwendet, diese sind aber hochwertig und schwer zu ersetzen.

Derzeit liegt die Beschaffung seltener Erden innerhalb der EU fast bei Null. Im Aktionsplan der EU werden die Mitgliedstaaten und Regionen aufgefordert, die heimischen Ressourcen besser zu nutzen, indem Projekte zur Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe sowie zur Verwertung von Rohstoffabfällen ermittelt werden, die bis 2025 einsatzbereit sein können (z. B. durch einschlägige Investitionen in die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne). Die heimische Beschaffung hat das Potenzial, bis 2030 20 % der jährlichen Nachfrage in der EU decken⁴.

Die Kommission hat vorgeschlagen, strategische Partnerschaften mit ressourcenreichen Ländern aufzubauen, um die externe Beschaffung zu diversifizieren, und führt bereits Verhandlungen mit Kanada und der Ukraine. Andere Regionen wie der Westbalkan sind ebenfalls wichtig. Serbien verfügt über große Ressourcen an Lithium, Boraten und anderen kritischen Rohstoffen und hat sein Interesse am Aufbau einer strategischen Partnerschaft mit der EU bekräftigt. Die Kommission erwägt ferner, interessierten afrikanischen Ländern strategische Partnerschaften vorzuschlagen, um ihnen dabei zu helfen, einen Mehrwert im Bergbausektor als Motor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu schaffen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass auch andere globale Akteure diese Länder in Erwägung ziehen, um ihre Versorgung mit kritischen Mineralien sicherzustellen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten und die europäischen Unternehmen sich aktiv an diesen strategischen Partnerschaften beteiligen.

Zu erörternde Fragen:

1. *Welche drei Elemente der aktualisierten Industriestrategie sollten im Hinblick auf kurz- und mittelfristige politische Maßnahmen priorisiert werden? Welche drei Elemente werden angesichts der Schlüsselrolle des Binnenmarkts als besonders wichtig für das neue Notfallinstrument für den Binnenmarkt erachtet?*
2. *Werden die Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen den Umfang und das Tempo der Investitionen gefährden, die für eine wirksame Aktivierung des grünen und des digitalen Wandels erforderlich sind? Welche Investitionen in die Rohstoffwertschöpfungskette wollen die Mitgliedstaaten durch private Investitionen, die Aufbau- und Resilienzfazilität, EU-Mittel und/oder staatliche Beihilfen unterstützen?*

⁴ Berechnungen der Europäischen Rohstoffallianz: Bis jetzt hat sie 14 Projekte innerhalb der EU identifiziert, die bis 2030 7 000 Tonnen an Magneten bereitstellen und damit 20 % der jährlichen Nachfrage in der EU decken könnten.